

Die Arbeit ist noch nicht getan

Dieses Jahr feiert die AFP ihren 30. Geburtstag. Unermüdlich hat sie sich gegen Steuerflucht und Potentatengelder aus der Dritten Welt, für Menschenrechte und alternative Finanzmechanismen eingesetzt. Viel ist geleistet worden. Mehr ist noch zu tun.

Stefan Howald

Am Anfang stand ein Skandal. Im April 1977 wurden zwei Direktoren der Filiale der Schweizerischen Kreditanstalt (heute Credit Suisse) in Chiasso verhaftet. 15 Jahre lang hatten sie Fluchtgelder aus Italien in Liechtenstein angelegt und gestützt, bis ein schwarzes Loch von 1,3 Milliarden Franken entstanden war. Darauf lancierte die Sozialdemokratische Partei im Herbst 1978 die so genannte Bankeninitiative, die eine Einschränkung des Bankgeheimnisses sowie die Unterstützung ausländischer Verfahren bei Steuerhinterziehung verlangte.

Um den entwicklungspolitischen Aspekt der Initiative zu betonen, gründeten im November 1978 sieben Trägerorganisationen unter Federführung der Erklärung von Bern die «Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt». Sie sollte auf die verheerenden Auswirkungen des Finanzplatzes Schweiz für die Dritte Welt hinweisen, auf Fluchtkapital und aus dem Land geschaffte kriminelle Gelder, die den dringlichen Aufbau der Entwicklungsländer behinderten. 1979 wurde der erste «Flucht-Geld-Kurier» in einer Auflage von 120'000 Exemplaren verteilt. In den folgenden Jahren engagierte sich die AFP intensiv im Kampf um die Bankeninitiative. Der ging zwar 1984 deutlich verloren. Doch das Thema Kapitalflucht war öffentlich gemacht und sollte die Schweizer Politik nie mehr ganz verlassen.

„Verheerende Auswirkungen des Finanzplatzes Schweiz für die Dritte Welt“

Parallel dazu setzte die Südafrika-Solidaritätsarbeit ein. Ab 1982, bis 1993, war die AFP vielfältig involviert in der internationalen Kampagne für Finanz-Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika. Recherchen und Studien deckten die Stützung des Apartheid-Regimes durch die Schweizer Banken auf; eine Arbeit, die gegen Behinderungen und Vertuschungen von Banken und Behörden geleistet werden musste.

Die AFP ergänzte die Kritik früh mit der Diskussion von Alternativen. 1986 erschien ein «Alternatives Bankbüchlein», das Ratschläge für verantwortungsvolle Geldanlagen gab und sich 35'000 Mal verkaufte. Von Beginn an war die AFP auch bei den Bemühungen um die Gründung einer Alternativen Bank beteiligt, die im Oktober 1990 endlich startete. «Alternative Banken als Ort der Veränderung?» fragte die AFP an einer Tagung von 1994 und versuchte ein erstes Fazit zu ziehen.

„Für eine Schweiz ohne Fluchtgelder“

Zentral blieben für die AFP-Arbeit die Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt, die Verschuldungskrise im Allgemeinen, Potentatengelder und Geldwäscherei im Speziellen. Schon 1986 hatte die AFP zusammen mit der Gruppe Schweiz-Philippinen den Milliarden des Marcos-Clans in der Schweiz nachgespürt und zu deren Blockierung beigetragen. 1991/1992 lancierte die AFP zusammen mit der EvB die Kampagne «Für eine Schweiz ohne Fluchtgelder», welche die Bundesbehörden immerhin zu einer Überarbeitung des Rechtshilfegesetzes veranlasste.

1996 wurde der Fall Marcos erneut akut, als um eine Rückführung der Gelder in die Philippinen verhandelt wurde. Ein Jahr später brachte der Sturz des kongolesischen Diktators Mobutu die Schweiz erneut ins Zwielficht. Lange Jahre waren alle Massnahmen gegen Mobutu-Gelder abgeblockt worden; die Plünder-Kumpanei dokumentierte die AFP 1998. Und im Herbst 1999 kamen, trotz den offiziellen Weisswäschern, die striktere Regelungen für den Finanzplatz ablehnten, 640 Millionen US-Dollar auf Schweizer Konten des einstigen nigerianischen Diktators Sani Abacha zum Vorschein.

„AFP als Teil eines Netzwerks, in der Schweiz wie in den Ländern des Südens“

Ihre Aufklärung und Lobbyarbeit verband die AFP mit Kampagnen, öffentlichen Stellungnahmen ebenso wie Anfragen im Parlament. Sie versteht sich als Teil eines Netzwerks, in der Schweiz wie in den Ländern des Südens. Die Rückführung illegitimer Gelder aus der Schweiz muss transparent, nachhaltig und unter Einbezug der Zivilgesellschaft erfolgen. Am besten ist dies bislang 2001 bei Geldern des peruanischen Geheimdienstchefs Montesinos gelungen. Auch bei der Rückführung der Abacha-Gelder hat die AFP ab 2002 prominent mitgearbeitet.

Aufgrund der Skandale und der Arbeit von AFP und andern Organisationen sind die Schweizer Vorbeugemassnahmen gegen illegale Gelder verschärft worden. Trotzdem bleibt der Schweizer Finanzplatz skandalanfällig, durch die schiere Menge der Fremdgelder und durch die Unterscheidung zwischen geahndetem Steuerbetrug und lässlich betrachteter Steuerhinterziehung. Auch abgesehen von aktuellen Fällen dubioser Gelder aus Haiti, Angola oder Kasachstan, die bislang nicht befriedigend gelöst worden sind, ist die von den Schweizer Banken geförderte Kapitalflucht ein grundsätzliches Problem für die Länder des Südens.

Seit dem Ende des Apartheid-Regimes unterstützte die AFP Bemühungen um die Streichung der Apartheid-Schulden und Forderungen zur Wiedergutmachung. 1998 gehörte die AFP deshalb zu den Mitgründern der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika KEESA. Auch hat sie seit 2004 die Recherchen des Nationalen Forschungsprogramms zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika kritisch begleitet.

„Schon früh griff die AFP den Begriff der ‚odious debts‘ auf“

Schon früh griff die AFP den Begriff der so genannten «odious debts» auf, illegitime Schulden, die von diktatorischen oder korrupten Regimes eingegangen worden sind, wobei die Gläubiger ihre Sorgfaltspflicht vernachlässigt haben. 2000 erschien dazu die AFP-Broschüre «Odious debts. Hinterlassenschaften der Diktatoren». 2005 folgte die grundlegende Zusammenstellung «Illegitime Schulden. Verschuldung und Menschenrechte». Illegitime Schulden sind in den letzten Jahren zu einem thematischen Schwerpunkt geworden. Vergangenen Herbst hat die AFP dazu eine erfolgreiche internationale Konferenz durchgeführt, aus der ein praktikables juristisches Konzept entwickelt werden soll.

Seit Jahren kommentiert die AFP den neuen Schweizer Finanzplatzpatriotismus und die Steuerreformen im Interesse der Reichen kritisch. In Bezug auf alternative Geldinstrumente hat sie etwa zur Diskussion um Mikrokredite beigetragen.

Die AFP war immer eine kleine Organisation, getragen von qualifizierten und engagierten Mitarbeitenden sowie einem Umfeld von treuen Mitgliedern und Sympathisantinnen. Viel Enthusiasmus und Gratisarbeit sind investiert worden.

Dreissig Jahre nach der Gründung ist die Arbeit, leider, noch keineswegs getan. Potatengelder gelangen weiterhin in die Schweiz. Die aus den Fugen geratene Finanzbranche hat soeben ihre verheerenden Seiten gezeigt. Der ruinöse Steuerwettbewerb verschärft sich, national und international. Dahinter steht immer noch: die Ausbeutung der Länder des Südens und die Missachtung der Menschenrechte. Die AFP wird sich diesen Themen weiterhin annehmen. Sie braucht weiterhin Unterstützung.